



NEWSLETTER II/2014

NORD|SÜD *news*



Foto: Stuart_E/flickr, CC BY-NC-SA 2.0

260 Delegationen auf dem IGB-Kongress im Mai 2014 – Solidaritätsbekundung mit den Kolleginnen und Kollegen bei T-Mobile USA

Empowerment ist das Ziel

Arbeitnehmerrechte stärkt man nur, indem man die Gewerkschaften stärkt. Um die Potenziale zu entwickeln, brauchen die mehr Mitglieder, ungewohnte Allianzen – und junge Leute. Das zeigte der IGB-Kongress in Berlin.

„Hallo Japan, wieviele Mitglieder wollt ihr werben bis 2018?“, ruft Liz Shuler in den Saal. „Wir haben jetzt 6,7 Millionen, sagt Shoji Arino vom Gewerkschaftsbund Rengo, zu dem 73 Gewerkschaften gehören. „2018 sollen es zehn Millionen sein.“ Shuler: „Kollegen aus Nigeria, wieviel habt ihr euch vorgenommen?“ – „Sechs Millionen wollen wir werden...“ Im Rechnen ist Liz Shuler gut, aber auch im Begeistern. Die US-amerikanische Gewerkschafterin ist die erste Frau auf dem Posten des Schatzmeisters beim US-Dachverband AFL/CIO. Man sieht, der Job liegt der eloquenten Moderatorin des Panels „Gewerkschaftswachstum“ auf dem Kongress des 2006

gegründeten Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Berlin: 20 Millionen neue Mitglieder hat der IGB für 2018 als Marke vorgegeben. Shuler kommt der recht flott nahe, wenn sie die Ziele von Japan, Nigeria und Co. zusammenrechnet.

Dass sich die über 1.500 Teilnehmer des Kongresses im Berliner CityCube so spendabel geben, hat mit dem Klima zu tun, das hier herrscht. Über 260 Delegationen aus 136 Ländern zeigen, dass die Gewerkschaftsbewegung durchaus stark ist. Man fühlt, man gehört zusammen. Die Delegierten haben oft mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, man verfolgt sie und sperrt sie ein. Aber sie lösen auch ungewöhnlichste Probleme. „Wir haben den Menstruationsurlaub jetzt auch für informelle Arbeiterinnen durchgesetzt“, heißt es aus Indonesien. „Warum sollten die Prekären auf etwas verzichten, was bei uns völlig normal ist?“ Ja, warum auch? Das Auditorium staunt nicht schlecht. So etwas gibt es sonst nur auf

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

| Empowerment ist das Ziel S. 1–2

Empowerment

| Kommentiert: WM-Spiel braucht neue Regeln..... S. 2
 Der IGB: „Gemeinsam haben wir Macht“ S. 3
 Bolivien: „Ohne den Mindestlohn hätte ich gekündigt“ S. 4
 Guinea: Frauen „können und müssen“ Verantwortung übernehmen S. 5
 Deutschland: Kampf im Rotlichtmilieu S. 6

Aus den Projekten

| Haiti: Hauptsache, es stürzt nicht ein S. 7

Notiert

| Solidarität und Spenden für Bergleute in Soma; Amazon-Chef Bezos – schlimmster Arbeitgeber; Soziale Absicherung war einmal; Filmtipp: Keine Chance für den „Wüstentänzer“; Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1



Empowerment – Kommentiert

den Philippinen. Oder in den USA: Da ist die antigewerkschaftliche Propaganda, das sogenannte Union Busting der Konzerne, dermaßen in die Köpfe der Bevölkerung eingesickert, dass GewerkschafterInnen kaum mal mit ArbeitnehmerInnen auch nur reden können. „Wir haben den Prozess dann einfach umgedreht“, berichtet Karen Nussbaum vom Projekt „Working America“: Wir gingen von Haus zu Haus und luden junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einem großen Treffen ein. „Jeder kann Mitglied werden“, sagt Nussbaum. Für die betriebsorientierte US-Gewerkschaftslandschaft eine echte Revolution: „Working America“ arbeitet – wie die Gewerkschaften in Deutschland es tun – branchenorientiert, übergreifend.

Zwischendurch zieht der gesamte Kongress in Berlin vor die Hauptstadtrepräsentanz der Telekom, um gegen die scheußlichen Arbeitsbedingungen bei T-Mobile USA zu demonstrieren. Man steht erst auf einer Veranstaltung der südafrikanischen COSATU, dann der indischen SEWA und anschließend des brasilianischen Dachverbandes CUT. Hier wird gesungen und getanzt, der englische Gewerkschaftsführer hat eine kratzige Stimme. Und die sozialen Netzwerke füllen sich rasch mit den schönsten Fotos. Hier halten Gewerkschafter zusammen, hier prangern sie miese Unternehmensmethoden an. Am nächsten Tag rückt Bárbara Figueroa die Jugend ins Zentrum ihrer Überlegungen. Die 35-jährige Gewerkschafterin ist die erste Frau an der Spitze des chilenischen Dachverbandes CUT. Als sie anfing, ging es den Arbeitnehmerorganisationen denkbar mies. So schlecht, dass nur ein radikaler Schnitt helfen konnte. Mit Figueroa wurde die Jugend an die Spitze gestellt, sie war Aktivistin der Bildungsproteste in ihrem Land. Empowerment ist der Key: „Das steht für die Entwicklung der Potenziale“, sagt Ronja Endres, die gerade für den DGB in das IGB-Jugendgremium gewählt worden ist. Die Jugend ist ein Querschnittsthema, sie soll nicht nur das Jugendressort besetzen, sondern in allen Ausschüssen Plätze haben.

Auf den so beschriebenen Ansatz bauen jedenfalls viele Gewerkschaften. Und Finanzerin Shuler kann am Ende ein paar Prozente drauflegen. Nicht 20 Millionen, sondern exakt 27.384.500 Mitglieder will die internationale Gewerkschaftsbewegung bis 2018 werben. „Unsere Devise heißt: Mitglieder gewinnen“, sagt Endres. „Und: Solidarität und Workers' Power!“

Jürgen Kiontke



Der Autor ist Redakteur des DGB-Jugendmagazins Soli aktuell und des Webportals jugend.dgb.de.



Mehr Informationen: <http://congress2014.ituc-csi.org>

WM-Spiel braucht neue Regeln

Ohne die globalen Gewerkschaftsverbände wüsste die Welt wenig von verletzten Menschen- und Arbeitsrechten außerhalb des eigenen Landes. Die Sklavenarbeit auf Katars WM-Baustellen ist dafür ein gutes Beispiel.

Wer wird Fußballweltmeister in Brasilien 2014? Wer gewinnt die Trophäe 2018 in Moskau? Wer Turniersieger 2022 in Katar? Das sind Fragen, die Sportfans weltweit bewegen wird. Der Sport steht im Vordergrund. Millionen konsumieren das Großereignis vor den Fernsehern, beim „Public Viewing“ und in den Stadien und fiebern dem

geltende Rechtssystem „Kafala“ interessiert? Ein System, was den Wanderarbeiter im Land wie einen rechtlosen Sklaven an den Arbeitgeber bindet, der ihm den Pass abnimmt, den Lohn und die Arbeitszeit bestimmt? Keine einzige der europäischen Regierungen, deren Wirtschaftsministerien allesamt die Wirtschaftsbeziehungen zu Katar fördern, hat auf eine Veränderung gedrängt. Und die ILO-Arbeitsstandards? Es gibt kein Recht für einen Wanderarbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Hunderte Arbeiter sind ums Leben gekommen. Vielfach fehlt es an grundlegenden Regeln im Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Unterkünfte sind menschenunwürdig. Arbeiter



Fotos: (f) www.bvint.org; (re) IG BAU

Für den Glanz der FIFA zahlen die Wanderarbeiter: Dietmar Schäfers zeigt darum mit dem BHI die rote Karte

Erfolg der eigenen Mannschaft entgegen. Ein Sieger steht schon vor jeder WM fest: die FIFA. Ein weltweiter Fußballverband, der sich unter anderem die Völkerverständigung durch Sport auf die Fahne geschrieben hat. Ein knallhartes, milliardenschweres Wirtschaftsunternehmen. Aber was heißt hier eigentlich Völkerverständigung? Die Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) mit Sitz in Genf beschäftigt sich nicht zuletzt seit der Vergabe der Fußball-WM nach Katar mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter rund um den Bau der Sportstätten – und macht diese öffentlich.

Der Emir in Katar will sein Land mit der Fußballweltmeisterschaft 2022 als modern und innovativ präsentieren. Weltweit buhlen multinationale Unternehmen um millionenschwere Aufträge. Hinter der Fassade jedoch herrschen Leid und Ausbeutung. Die Menschenrechte der rund 1,2 Millionen Wanderarbeiter unter anderem aus Nepal, Indien, Pakistan und zunehmend aus Rumänien werden systematisch verletzt. Die BHI zeigt der Weltöffentlichkeit mit ihrer Kampagne „Red Card for FIFA“, dass aller Glanz auf Knochen derer aufgebaut ist, die man auf Werbesprosperkten nicht zeigt: die Wanderarbeiter. Wer hat sich vor der investigativen Reise des BHI für das in Katar

berichten von ihrer Verzweiflung. Viele wollen nach Hause. Ohne Pass können sie das Land jedoch nicht verlassen. All das ist nun öffentlich. Die Medien berichten und die Empörung ist groß. Die internationalen Gewerkschaftsbünde, wie BHI und auch ITUC, haben die Welt wachgerüttelt.

Aber nun müssen endlich Veränderungen her: Katar muss rasch handeln: die Gesetze und die Praxis ändern. Wenn die FIFA die Macht hat, wie zuletzt Russland das Arbeitszeitgesetz über das Parlament auszuhebeln, wenn sie die Macht hat, wie bei der WM in Deutschland 2006, Südafrika 2010 und Brasilien 2014, das Business in ihrem Sinne zu bestimmen – dann muss sie endlich bei der Vergabe klare Regeln für das Arbeitsrecht im Sinne der Menschenrechte jetzt und für die Zukunft aufstellen. „Ohne Regeln geht es nicht.“ Das gilt nicht nur während der 90 Minuten im Spiel, sondern vor allem auch für die Arbeitsbedingungen derer, die das Spiel erst ermöglichen: der Bauarbeiter und aller anderen, die die Stadien und die Infrastruktur überhaupt erst erschaffen.

Dietmar Schäfers



ist stellv. Bundesvorsitzender der IG Bauen, Agrar, Umwelt und Vizepräsident der BHI



„Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.“ (S. Burrow)

„Gemeinsam haben wir Macht“

„Klimawandel gestalten“, „Ungleichheiten abbauen“, „moderne Sklaverei beenden“ – das sind die Herausforderungen für die internationale Gewerkschaftsbewegung, sagt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Gelingen könne das nur, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenhalten.

Nord|Süd news: Was bedeutet Empowerment für Sie?

Sharan Burrow: Empowerment bedeutet, anzuerkennen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Macht haben, wenn sie ihrer Stimme gemeinsam Gehör verschaffen. Allein ist es schwerer, gegen Ungerechtigkeit eines Arbeitgebers oder einer Regierung zu kämpfen. Es fehlt die Kapazität, Entscheidungen zu beeinflussen. Wenn sich die Menschen zusammentun und mit einer Stimme sprechen, wenn sie Kollektivverhandlungen führen oder gegen ungerechte politische Entwicklungen eintreten – dann ist das die Grundidee von Gewerkschaftsarbeit.

Wie kann mehr Empowerment erreicht werden?

Der IGB-Kongress stand unter dem Motto „Building Workers' Power“. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken, ist das einzige Gegengewicht zum aktuellen Wirtschaftsmodell. Es ist die einzige Antwort in einer ungleicher werdenden Welt. Fundamentale Rechte werden nicht respektiert, faire Löhne nicht gezahlt, soziale Sicherheit wird nicht gewährt. Gemeinsam werden wir für einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag kämpfen, der die Balance zwischen der Wirtschaft und den Menschen hält.

Was sind die Herausforderungen für die internationale Gewerkschaftsbewegung?

Wir müssen den Klimawandel gestalten, Ungleichheiten reduzieren und moderne Sklaverei beenden. Die erste Herausforderung ist der Klimawandel. Wir müssen dringend handeln. Für die Gewerkschaften ist es ganz klar. Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. In Deutschland hat sich auch gezeigt, dass im Bereich der erneuerbaren Energien Arbeitsplätze geschaffen werden können. 400.000 neue Jobs wurden in ein paar Jahren geschaffen, das ist beeindruckend.


Wie wollen Sie Armut und soziale Ungerechtigkeiten bekämpfen?

Die Mittel dafür sind klar. Wir brauchen Mindestlöhne, das Recht auf Tarifverhandlungen und soziale Sicherheit. Drei Forderungen haben wir deshalb an die G20 formuliert: Investitionen in Arbeitsplätze, in die Infrastruktur und in die grüne Wirtschaft. Die dritte Herausforderung ist es, moderne Formen der Sklaverei zu beenden.

Und wie wollen Sie gegen moderne Sklaverei vorgehen?

Im Moment läuft unsere Kampagne gegen das Kafala-System in Katar, auf die ich sehr stolz bin. Aber Katar ist nur der Anfang. Wenn die internationale Gewerkschaftsbewegung es im 21. Jahrhundert nicht gemeinsam schafft, sich für die Schwächsten einzusetzen und die Sklaverei zu beenden, dann schöpfen wir unser Potenzial nicht aus. Noch haben wir nicht gewonnen. Wenn das Kafala-System einfach nur umbenannt wird, ändert sich gar nichts.

Das Interview führte Lena Clausen.

 Sie ist Redakteurin bei der DGB-Zeitschrift Einblick.

Das ist Sharan Burrow

Ihre Position

Sharan Burrow, 59, ist die erste Frau an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung, deren Geschicke sie seit über einem Jahrzehnt in verschiedenen Funktionen maßgeblich mitbestimmt. Im Mai 2014 wurde die Australierin auf dem 3. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) mit 87 Prozent erneut zur IGB-Generalsekretärin gewählt. Es ist ihre zweite Amtszeit. Von 2006 bis 2010 war sie IGB-Präsidentin und zuvor Vorsitzende der Vorgängerorganisation, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG). Beide Ämter hatte sie als erste Frau inne. Sie selbst bezeichnet sich als „Vorkämpferin für Frauen“ – nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung. Die Stärkung von Arbeitnehmerinnen und ihrer Rechte weltweit ist ihr ein besonderes Anliegen.

Ihre Familie

Sharan Burrow stammt aus einer Familie, die sich seit Generationen für gewerkschaftliche



Foto: © Lena Clausen

Wiederwahl von Sharan Burrow als IGB-Generalsekretärin während des 3. Weltkongress in Berlin im Mai 2014

Rechte stark macht. 1992 wurde sie zur ersten Vorsitzenden der australischen Bildungsgewerkschaft AEU gewählt. 2000 übernahm sie als zweite Frau den Vorsitz des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU. Von 1995 bis 2000 war Sharan Burrow

Vizepräsidentin der Bildungs-Internationale mit Sitz in Brüssel, die weltweit 30 Millionen Mitglieder im Bildungssektor vertritt. Die studierte Pädagogin ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Ihr Engagement

Wenn es um fundamentale Arbeitnehmerrechte und Gerechtigkeit geht, schreckt sie auch vor der Konfrontation mit den Großen und Mächtigen nicht zurück. Seit die Bau- und Holzarbeiter Internationale die katastrophalen Arbeitsbedingungen und die zahlreichen Todesfälle auf den Stadionbaustellen in Katar als erste bekannt gemacht hat (siehe Seite 2), versucht sie, die FIFA zum Einlenken zu bewegen. Die IGB-Kampagne „Re-Run the Vote“ gegen die Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar trägt ihre Handschrift. Mit ihr will sie die Weltfußballorganisation (FIFA) zwingen, neu über die Vergabe der Fußball-WM an das Wüstenkönigreich zu entscheiden. Für Burrow steht fest, dass es „ohne Arbeitnehmerrechte keine Fußball-Weltmeisterschaft in Katar“ geben kann.



„Ohne den Mindestlohn hätte ich gekündigt“

Lange Zeit gab es für Hausangestellte in Bolivien kaum Rechte. Dank der eigenen Gewerkschaft und neuer Gesetze ändert sich das jetzt. Wichtig für den Erfolg: Weiterbildung. Das beweist Martha Ramos aus Cochabamba.

„Jahrelang war ich unterbezahlt. Das habe ich erst vor knapp zwei Jahren realisiert“, sagt Martha Ramos verlegen und trocknet einen Teller ab. Einen blauen Kittel trägt die junge Frau und gerade hat sie den Mittagstisch der Familie Orellana abgeräumt. So wie jeden Tag, denn Martha Ramos arbeitet „Cama adentro“. Das heißt, sie lebt mit ihrem Sohn Hector bei den Orellanas, arbeitet dort, isst dort, schläft dort. „Sechs Tage die Woche, den Sonntag habe ich frei“, sagt sie.

Am Sonntag hängt der blaue Kittel an der Garderobe im Flur der Wohnung in der Calle Junín von Cochabamba. Die ist nur rund zehn Gehminuten entfernt vom Sitz der Vereinigung der Hausangestellten Boliviens (Fenatrab) in der Calle La Paz. Die Sektion Cochabamba, der im Zentrum Boliviens liegenden Stadt mit über 600.000 Einwohnern, ist besonders aktiv. Hinter der schwarzen Stahltür mit dem Gewerkschaftslogo befindet sich das von einem kleinen Garten und der geräumigen Terrasse eingefasste Gewerkschaftshaus, wo Computer- genauso wie Näh- und Handarbeitskurse angeboten werden. Hier verbringt die 27-jährige Hausangestellte einen großen Teil des Sonntags, tauscht sich



Foto: © Knut Henkel

Arbeitet „Cama adentro“: Martha Ramos mit Sohn Hector

aus, lernt dazu und engagiert sich. Nachmittags gibt es oft Seminare, wo Experten über Arbeitsschutz, Arbeits- und Urlaubsrechte reden und den Frauen erklären, dass sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben.



Foto: © Knut Henkel

Gewerkschafterin, Kämpferin: Casimira Rodríguez

Ausbeutung und Unkenntnis

„Viele Hausangestellte erhalten weniger als den gesetzlichen Mindestlohn von 1.200 Bolivianos (rund 130 Euro) im Monat und haben keine Ahnung, dass der Sonntag frei ist“, erklärt Casimira Rodríguez. Die in der Tracht der Quechua gekleidete Frau von Ende vierzig hat lange an der Spitze der Gewerkschaft gestanden, bevor sie im ersten Kabinett von Präsident Evo Morales ein Jahr lang das Justizministerium leitete.

Für einen Dumpinglohn von 600 Bolivianos, umgerechnet knapp 65 Euro, hat auch Martha Ramos mehrere Jahre gearbeitet. Dann erfuhr sie vom Mindestlohn. „Daraufhin habe ich meinen Arbeitgeber zum Gespräch gebeten“, sagt sie. „Ich habe ihn vor die Wahl gestellt: Mindestlohn oder Kündigung.“ Das hat funktioniert, denn Martha Ramos ist nicht nur für den Haushalt in der Wohnung von Eddy Orellana im 1. Stock zuständig, sondern auch für die Pflege seines Vater im dritten Stock. Mit seinen 82 Jahren ist er auf Hilfe angewiesen, und darauf wollte Orellana, Französischprofessor der Universität Cochabamba, nicht verzichten. „Wir brauchen eine zuverlässige Hilfe, und mit Martha funktioniert es prächtig. Sie ist längst Teil der Familie“, erklärt der dreifache Vater.



Foto: © Knut Henkel

Lernen am freien Sonntag: Hausangestellte

Familienmitglied ohne Ansprüche

„Immer wieder verlassen sich Hausangestellte auf die Versprechen ihrer Arbeitgeber und werden bitter enttäuscht“, sagt Casimira Rodríguez. Häuser, Autos, Geld werden als Erbschaft in Aussicht gestellt. Aber wenn es dann so weit ist, erinnern sich die Erben nicht so gern an das Hausmädchen, das ihnen jahrelang jeden Wunsch von den Augen ablas. Deshalb kämpft die Gewerkschaft für einen verbindlichen Rechtsrahmen. Ein erster Etappensieg war die Verabschiedung des Gesetzes über die Regulierung der Hausarbeit in Bolivien 2003. Ein weiterer die Ratifizierung der ILO-Konvention 189 „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ im November 2012.

Dafür sind viele der landesweit rund 130.000 Hausangestellten, von denen 30.000 organisiert sind, auf die Straße gegangen. Vor dem Parlament in La Paz sind sie, unterstützt vom Gewerkschaftsdachverband, aufmarschiert und haben verlangt, mit den Abgeordneten zu sprechen. Auch die von der Fenatrab organisierten Demonstrationen in anderen großen Städten wie EL Alto, Santa Cruz oder Cochabamba haben für den nötigen Druck von unten gesorgt. „Ein halbes Jahr nach den ersten Demonstrationen erfolgte die Ratifizierung der ILO-Konvention 189 im Parlament“, so Casimira Rodríguez. „Nun steht die Umsetzung der Konvention in nationales Recht an.“ Dafür engagiert sich die Ex-Ministerin. Sie stammt aus Mizque, einem kleinen Dorf nahe Cochabamba, wurde mit 13 Jahren zum Arbeiten in die Stadt geschickt und mehrfach um ihren Lohn geprellt. Ein relativ typisches Beispiel in Bolivien.

Untypisch ist jedoch, dass Casimira sich gewehrt, mit anderen Hausangestellten ausgetauscht und begonnen hat, für die eigene Rechte einzutreten. Das macht die ruhig, aber bestimmt auftretende Frau zu einer Symbolfigur in Bolivien. Deren Beispiel folgt Martha Ramos. Sie geht jetzt zur Abendschule, um sich weiterzubilden. Irgendwann könnte es mit der Hausarbeit bei den Orellanas schließlich vorbei sein.

Knut Henkel

ist freier Journalist und regelmäßig in Lateinamerika.



Frauen „können und müssen“ Verantwortung übernehmen

„Da eine Frau das zweite Amt im Staate „erfolgreich“ ausgeübt habe, sei jetzt klar: „Gleichberechtigung ist nicht das Ende der Welt“, sagt die Gewerkschafterin Rabiadou Serah Diallo. Sie war Vizepremier der Übergangsregierung in Guinea. Frauen müssten verstehen, so meint sie, dass ihnen nichts geschenkt wird.

Nord|Süd news: Guinea hat schon 2010 eine Übergangsregierung bekommen, die einen Demokratisierungsprozess einläuten sollte. Warum hat es bis Herbst 2013 gedauert, bis die ersten echten Wahlen durchgeführt werden konnten?

Rabiadou Serah Diallo: Besser spät als nie. Es gibt in diesem Land viele offene Fragen, viele ungelöste Konflikte. Wir konnten nur behutsam vorgehen, weil wir natürlich Gewaltausbrüche vermeiden wollten. Die Aufgabe des Übergangsrates war es schließlich auch, die nationale Versöhnung einzuleiten. Das ging nur durch einen konstanten Dialog mit der Zivilgesellschaft und den Parteien. Das alles dient dem Frieden, und der ist von unschätzbarem Wert.

Sie waren Teil dieser Übergangsregierung: Wie leitet man so einen Prozess überhaupt ein?

Als es um die Besetzung der Übergangsinstitutionen ging, haben alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte zusammengewirkt, alle wurden berücksichtigt: Zum Interimspräsidenten wurde ein General bestimmt, die politischen Parteien konnten die vorläufige Regierung stellen und mir wurde der Vorsitz des Übergangsrats übertragen. Dabei war nicht nur wichtig, dass ich die Gewerkschaften vertrete, sondern auch, dass ich eine Frau bin. Dass das zweite Amt im Staate erfolgreich von einer Frau ausgeübt werden konnte, hat allen gezeigt, dass Gleichberechtigung nicht das Ende der Welt ist. Jetzt ist klar, dass Frauen Verantwortung übernehmen können und müssen.

Wie ist denn die Situation der Frauen in Guinea?

Wenn Sie heute nach Afrika schauen, werden Sie sehen, dass die Wirtschaft auf den Schultern der Frauen ruht. Sie gehen abends als letzte ins Bett und stehen morgens als erste wieder auf. Wir müssen dafür sorgen, dass sie dafür Anerkennung erhalten und angemessen bezahlt wer-

Unruhiges Land Guinea



Guinea ist reich an Rohstoffen wie Bauxit und Eisenerz und trotzdem eines der ärmsten Länder Afrikas. Es gibt kaum Infrastruktur wie fließend Wasser, Strom oder medizinische Versorgung. Denn auch nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1958 ist das Land nie zur Ruhe gekommen. Immer wieder übernahm das Militär die Macht.

Im Jahr 2000 wurde Rabiadou Serah Diallo erstmals zur Generalsekretärin der guineischen Gewerkschaften gewählt und entwickelte diese binnen weniger Jahre zu einem Zentrum der Zivilgesellschaft des Landes. Sie spielte eine führende Rolle beim Generalstreik 2007, mit dem die Gewerkschaften den Rücktritt von Präsident Lansana Conté erzwingen wollten. Obwohl es letztlich ein Abkommen mit Conté gab, wurde sie zusammen mit anderen Gewerkschaftern verhaftet. Nur auf internationalen Druck hin kam sie wieder frei.

Nach Contés Tod 2008 übernahm wieder das Militär die Kontrolle über Guinea. Als Reaktion auf Proteste gegen dieses Regime verübten Truppen 2009 ein Massaker, bei dem 157 Demonstranten getötet wurden. Danach wurde eine Übergangsregierung installiert, der Oppositionssprecher Jean-Marie Doré als Premierminister – der kurz darauf von Mohamed Said Fofana abgelöst wurde – und Rabiadou Serah Diallo als Vizepremier vorstanden. Sie sollten den Demokratisierungsprozess einleiten. Die ersten freien Parlamentswahlen wurden allerdings immer und immer wieder verschoben und fanden schließlich erst im September 2013 statt. Deshalb konnte im Januar 2014 schließlich die Übergangsregierung zurücktreten.

den. Dabei müssen Frauen verstehen, dass ihnen nichts geschenkt wird, sie müssen also darum kämpfen. Um voranzukommen, brauchen wir Frauen in Schlüsselpositionen, die die Entscheidungen mit treffen. Frauenförderung ist also eine zentrale Herausforderung.

Welche Rolle haben die Gewerkschaften in diesem ganzen Prozess gespielt?

Die Gewerkschaftsbewegung hatte den Mut, den Mächtigen zu trotzen, um die Lebensbedingungen der Beschäftigten und ihrer Familien zu verbessern. Sie haben die Zivilgesellschaft, die Arbeitgeberorganisationen, die Frauen- und Jugendorganisationen einbezogen. Auch die Religionsgemeinschaften und die politischen Parteien haben sie an einen Tisch geholt, damit alle zusammen an einem Strang ziehen.

Das Land ist nun auf dem Weg, insgesamt demokratischer zu werden. Aber wie steht es mit der Arbeitswelt? Die ist doch immer noch sehr einseitig von globalen Konzernen dominiert. Wie geht es dort weiter?

Die großen multinationalen Unternehmen sind nicht gerade für ihr soziales Engagement bekannt. Alles muss mühsam erkämpft werden. Die Gewerkschaften versuchen jetzt, sich in den Betrieben zu organisieren. Das ist notwendig, um die Rechte der Beschäftigten durchzusetzen. Ohne diese Unterstützung willigen diese sonst oft unter dem Druck ihrer Armut ein, zu unwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Das ist die Aufgabe der Gewerkschaften: vor Ort zu sein, die Arbeitnehmer zu repräsentieren und ihre Interessen im Unternehmen durchzusetzen.



Foto: © Jürgen Kiontke

„Wirtschaft ruht auf Schultern der Frauen“, sagt Rabiadou Diallo

Wo liegen im Moment die größten Herausforderungen für die junge Demokratie?

Unsere Region ist sehr unruhig im Moment, schauen Sie nur nach Nigeria! Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern müssen dafür sorgen, dass die Demokratie sich konsolidiert. Das, was wir in der Vergangenheit erlebt haben, darf sich nicht wiederholen.

Das Interview führte Lena Clausen.



Kampf im Rotlichtmilieu

Frauen, die gegen ihre Zuhälter aussagen, müssen vor Abschiebung geschützt werden, fordert die Gewerkschaft der Polizei – und findet in der Politik Gehör.

Die Dunkelziffer ist hoch, das Geschäft lukrativ: Opfer von Zwangsprostitution erwirtschaften oft mehrere Tausend Euro im Monat; das meiste wandert in die Taschen der Zuhälter. Die jüngsten Zahlen des Bundeskriminalamtes, BKA, zeichnen ein düsteres Bild: Einem Drittel der Frauen drohen die Zuhälter, gegen ein weiteres Drittel wenden sie Gewalt an, bei einem Viertel der Opfer nutzen die Täter „eine Zwangslage aus“. Menschenhändler locken die Frauen mit Lügen und drohen auch ihren Familien. Im Jahr 2012 waren über die Hälfte der Opfer von Menschenhandel, die sexuell ausgebeutet wurden, jünger als 21 Jahre.

Polizeibeamte sind täglich mit den Frauen konfrontiert, die Opfer von Zwangsprostitution werden. Und viel zu häufig machen sie die Erfahrung, sie nicht schützen zu können: „Die Beamten müssen die Verfolgung der Täter oft beenden, weil der rechtliche Rahmen fehlt“, sagt Elke Gündner-Ede. Gündner-Ede ist seit 38 Jahren bei der Polizei in Niedersachsen beschäftigt, seit 34 Jahren aktiv in der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Viele ausländische Opfer, so sagt sie, würden auch aus Angst vor Abschiebung oft nicht gegen ihre Peiniger aussagen. Die Betroffenen kommen aus Bulgarien oder Rumänien, aus Nigeria oder Kamerun.



Foto: © GdP

Will das Mindestalter für Prostitution auf 21 Jahre erhöhen: Polizeigewerkschafterin Elke Gündner-Ede

Schon vor acht Jahren beschloss die Bundesfrauenkonferenz der GdP sich in den Kampf gegen

nötig. Die GdP verlangte eine Erlaubnispflicht für Bordelle und mehr Rechte für die betroffenen Frauen – nicht zuletzt, um deren Aussagebereitschaft zu erhöhen. Frauen, die gegen ihre Zuhälter aussagen, müsse ein Aufenthaltsrecht



Foto: Nicholas Boos / flickr, CC BY-ND 2.0

Unüberschaubare Zone: „Für jede Pommestube gelten strengere Regeln als für Bordelle“, sagt Frauenministerin Schwesig

sexuelle Ausbeutung politisch stärker einzumischen. Die Arbeitsgruppe „Handeln gegen Menschenhandel“ befragte fast zwei Jahre lang Kollegen, Beratungsstellen, Wissenschaftler, Juristen und Frauen, die Opfer wurden – alles in der Freizeit. „Wer mit schwer traumatisierten Frauen zu tun hat, der ist auch bereit, sich über das normale Maß hinaus zu engagieren“, sagt Gündner-Ede. „Die Kollegen wollen Veränderung.“


Zwischen 2005 und 2008 stiegen die registrierten Fälle von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung um 52 Prozent an. „Menschenhandel ist ein Kontrolldelikt, Opfer vertrauen sich der Polizei nicht so häufig an“, schreibt das Bundeskriminalamt in seinem „Lagebild Menschenhandel“. Zur „Erhellung des Dunkelfeldes“ seien deshalb „polizeiliche Kontrollmaßnahmen bedeutsam“. Dringen die Strafverfolger nicht von sich aus ins Rotlichtmilieu ein, bleibt eine kaum abschätzbare Zahl von Fällen unentdeckt. Doch bislang gibt die Rechtslage dafür nur wenig Interventionsmöglichkeiten her.

Auf der individuellen Ebene „sind die Beamten an das Legalitätsprinzip gebunden“, sagt Gündner-Ede, „Gesetzsschelte betreibt man da nicht.“ Auf gewerkschaftlicher Ebene sei das anders: „Wir können politisch unsere erarbeiteten Forderungen deutlich machen.“ Im April 2008 legte die GdP ihren Forderungskatalog vor. Die zentralen Botschaften: Das rot-grüne Prostitutionsgesetz, das seit 2001 die rechtliche Stellung von Prostitution als Dienstleistung regelt, sei, anders als vielfach behauptet, nicht das Problem bei der Strafverfolgung. Stattdessen fehle ein Schlüssel, um in das Rotlichtmilieu eindringen zu können. Vor allem sei aber ein besserer Schutz für die Opfer

garantiert, das Mindestalter für Prostitution auf 21 Jahre erhöht werden. Die Gewerkschafter traten an das Frauenministerium heran, an Parteien, an Abgeordnete. „Wir wollten unsere Positionen jedem sagen“, sagt Gündner-Ede. „Aber nicht jeder wollte sie hören.“ Im politischen Bereich habe sich zunächst nichts bewegt: „Die letzte Bundesregierung wollte nichts unternehmen, fast keine unserer Forderungen wurde umgesetzt. Das hat uns nicht erfreut.“ Zwischenzeitlich kam das GdP-Projekt zum Erliegen. Doch im April dieses Jahres schlug die schwarz-rote Bundesregierung neue Töne an. „Das Schlimme an der Prostitution in Deutschland ist, dass sie ohne Regeln abläuft“, sagte Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD). „Für jede Pommestube gelten strengere Regeln als für Bordelle.“ Sie kündigte neue Maßnahmen im Kampf gegen Menschenhandel an, darunter ein Prostitutionsstättengesetz – also genau das, was die GdP-Frauen schon vor sechs Jahren verlangt haben. Schwesig hört nun Experten zu dem Thema an.

Die Gewerkschafter schöpfen neue Hoffnung. „Da wollen wir uns natürlich einbringen. Wir stellen dafür unsere Arbeitsgruppe gerade neu auf“, sagt Gündner-Ede, „horchen in die Polizei hinein und nehmen auf, was die Kollegen uns sagen“. Allzu viel, das sei jetzt schon klar, werde sich an den Forderungen nicht ändern: „Unser Papier ist leider noch absolut aktuell.“

Christian Jakob

 ist taz-Journalist. Jakob hat sich lange mit Organisierter Kriminalität und Menschenhandel in Norddeutschland beschäftigt.



Hauptsache, es stürzt nicht ein

Trümmer, Eigentumsansprüche, fehlende Unterlagen, teure Technik: Nach dem Erdbeben von 2010 ist es nicht einfach, das Frauenberufsbildungswerk der RENAFAM im haitianischen Port-au-Prince wieder aufzubauen. Doch so langsam wird es.

Auf dem Grundstück in der Rue Delmas 35 in Port-au-Prince geht es reichlich laut zu. Es wird gehämmert, gebohrt und geschraubt. Einer der Männer mischt Zement, andere ziehen Mauern aus Betonstein hoch. In der Vorstadt der haitianischen Hauptstadt entsteht das neue Berufsbildungswerk des nationalen Netzwerks gewerkschaftlich organisierter Frauen (RENAFAM), das unter anderem aus Spendengeldern von „Gewerkschaften helfen“ finanziert wird.

Regen abhalten sollen – allerdings nicht mehr lange, denn der Besitzer der Ruine verlangt sein Eigentum zurück. „Such’ mal ein Grundstück, das groß genug für so eine Berufsschule ist – in einer Stadt, die schwer zerstört ist“, sagt Antonin. Schließlich war eins gefunden, die Finanzierung übernahm unbürokratisch der finnische Gewerkschaftsdachverband SAK.

Aber schon bei der Registrierung des Besitztitels gingen die Probleme weiter. Das Erdbeben hat auch das Katasteramt zerstört, ein Großteil der Unterlagen ist verloren. Dann kam der Neubau. Die deutschen Gewerkschaftsmitglieder hatten nach einem Aufruf der Aktion „Gewerkschaften helfen“ insgesamt 47.512 Euro gespendet. Gebrauchte wurde das Vierfache.



RENAFAM Frauenbildungswerk – erdbebenprobierte Leichtmetallstruktur für das Erdgeschoss

Das alte Gebäude war nach dem schweren Erdbeben im Januar 2010 in sich zusammengestürzt und hatte etliche Menschen unter sich begraben. Die Koordinatorin des Zentrums, Gina Georges, konnte erst nach 20 Stunden aus den Trümmern befreit werden, mehrere Kolleginnen wurden schwer verletzt. „In Haiti dauert alles ein wenig länger“, sagt Arnold Antonin vom Centre Petion Bolivar in Port-au-Prince mehr erklärend als entschuldigend. Er ist Filmemacher und hier für die Projektentwicklung verantwortlich. „Aber es gab zahlreiche Widrigkeiten, die die Fertigstellung des Bildungszentrums immer wieder verzögert haben.“

Zuerst musste das alte Gelände so weit freigelegt werden, dass wenigstens ein provisorischer Betrieb möglich wurde. Die Auszubildenden lernen zwischen den erhalten gebliebenen Grundmauern und unter Schutzplanen, die Sonne und

Bis der holländische Dachverband kirchlicher Nichtregierungsorganisationen als weiterer Geldgeber gefunden war, wurden die Spendengelder in Haiti auf einem Treuhandkonto deponiert. „Es wurde so teuer, weil das dreigeschossige Gebäude erdbebensicher konstruiert werden musste“, sagt die Architektin des Projekts, Beatriz Larghi Corbanese. Das sei nach



Gina Georges, Koordinatorin von RENAFAM, lag 20 Stunden unter den Trümmern des Berufsbildungszentrums begraben

dem Tod von 230.000 bis 300.000 Menschen und den traumatischen Erfahrungen auch der RENAFAM-Schülerinnen und Mitarbeiterinnen das wichtigste Kriterium gewesen. „Auch einen Bauunternehmer zu finden, der mit dem von uns im Ausland gekauften Material überhaupt arbeiten und bauen konnte, war nicht einfach.“ 500 Quadratmeter groß ist das Gelände am Ende der kurzen Sackgasse, 250 davon sollen bebaut werden. Die Parterrekonstruktion ist inzwischen weitgehend fertig, aber das eiserne Gerippe aus



Foto: © Alessandro Vecchi

Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands von RENAFAM

bruchsicherem Leichtmetall ist noch deutlich erkennbar. Auch das tragende Innengerüst der beiden weiteren Stockwerke wird aus diesem Metall bestehen. „Es ist erdbebenprobt, verbiegt sich vielleicht, aber es stürzt nicht in sich zusammen“, sagt die Architektin. „Das Material hält Erdstößen zwischen den Stärken 7 und 8 stand.“

Corbanese ist sicher, dass die Bauarbeiten im Herbst abgeschlossen sind. „Wir liegen gut in der Zeit.“ Insgesamt 240 Interessierte im Alter von 14 bis 30 Jahren, vor allem Frauen, können im kommenden Jahr in einem einjährigen Theorie- und Praxiskurs in den Handwerkerberufen Schneiderei, Bäckerei, Elektrizität und Installation sowie den verschiedenen Bautätigkeiten ausgebildet werden. Daneben werden Schulungen in Gesundheitsvorsorge, Umwelt und Zivilrechten angeboten. Im Parterre gibt es dann eine Bibliothek, einen Versammlungsraum sowie die Verwaltungsbüros. Im ersten Geschoss sind die Schulräume untergebracht und ein Teil der Werkstätten, im zweiten Stock finden sich die Küche und Praxisräume des neuen RENAFAM-Berufsbildungswerks. „Im Januar 2015 wird der Ausbildungsbetrieb aufgenommen“, sagt Corbanese.

Hans-Ulrich Dillmann

ist Journalist. Er lebt in der Dominikanischen Republik und reist regelmäßig nach Haiti.

Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e.V.
Konto: 0 152 011 490 (Nord LB, Hannover)
BLZ: 250 500 00, Stichwort: Haiti



Solidarität und Spenden für Bergleute in Soma

Mehr als 300 Bergarbeiter kamen ums Leben, als Mitte Mai in einer Kohlemine im türkischen Soma ein Feuer ausbrach, das sich rasend schnell ausbreitete – gerade als der Schichtwechsel anstand. Die Stollendecke brach ein, weil die Stützpfiler statt aus Metall nur aus Holz waren. Viele der Kumpel erstickten unter Tage, weil sie eingeschlossen wurden, die Aufzüge nicht funktionierten und die Rettungsräume nicht den Vorschriften entsprechend ausgestattet waren. Inzwischen ist klar, dass die Minenbetreiber weder die Arbeitsschutzauflagen eingehalten noch regelmäßige unabhängige Kontrollen durchgeführt haben. Trauer und Verärgerung führten auch zu Protesten gegen die türkische Regierung, die es nur wenige Wochen vor dem Unglück abgelehnt hatte, einen Untersuchungsausschuss zu den sich häufenden Unfällen in Bergwerken einzusetzen. Inzwischen ermitteln die Behörden zwar offiziell gegen verschiedene Verantwortliche, die Opfer und Hinterbliebenen haben jedoch bislang keine Unterstützung erhalten. Die Delegierten des 20. ordentlichen DGB-Bundeskongresses haben deswegen eine Solidaritätserklärung für die Kolleginnen und Kollegen in der Türkei verabschiedet und die türkische Regierung aufgefordert, „für die Einhaltung von Mindeststandards zu sorgen“. Die IG BCE hat auch ein Spendenkonto eingerichtet.

Spendenkonto der IG BCE

Konto: 1 811 400 104

BLZ: 250 10 111 (SEB Hannover)

IBAN: DE55250 1011 1181 1400 104

Stichwort: Solidarität Bergleute Soma

Amazon-Chef Bezos – schlimmster Arbeitgeber

Jeff Bezos hat sie alle. Die Eigenschaften, die es braucht, der schlimmste Arbeitgeber der Welt zu werden: Er untergräbt Demokratie und Mitbestimmung sowie Arbeitnehmerrechte und behandelt seine Mitarbeiter wie Maschinen. Kein Wunder, dass der Internationale Gewerkschaftsbund den Chef des Onlinehändlers Amazon zum „World's Worst Boss“ kürte. „Die Macht der Konzerne ist außer Kontrolle geraten“, sagte die frisch wiedergewählte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. In den deutschen Amazon-Niederlassungen würden die „Beschäftigten wie Roboter eingesetzt und behandelt“. Im Lager legten sie täglich 24 Kilometer zurück, vor den

Werkstoren stünden regelmäßig Notarztwagen. Für den Titel „World's Worst Boss“ standen in diesem Jahr für den IGB neun Vorstandschefs zur Wahl. Keine leichte Entscheidung. Unter anderem war auch der Chef der Qatar Airways dabei. Der trägt nicht nur das sklavenähnliche Verhältnis stützende Kafala-System seiner Regierung mit, sondern erklärte kürzlich auch: „Wenn Ihr in der westlichen Welt keine Gewerkschaften hättet, gäbe es auch kein Arbeitslosigkeitsproblem.“



Mehr Infos: <http://congress2014.ituc-csi.org/amazon-s-jeff-bezos-wins-ituc-s>

Soziale Absicherung war einmal

Mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung hat keine ausreichende soziale Absicherung. Das zeigt der „World Social Protection Report 2014/15“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Und das, obwohl die internationale Gemeinschaft schon 1948 darin übereingekommen war, dass der Schutz bei Arbeitslosigkeit, im Alter und bei Krankheit ein universelles Menschenrecht ist – und zugleich ein wesentliches politisches Instrument, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren. Tatsächlich seien die Sozialsysteme vor allem in den europäischen Ländern als Folge der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in den vergangenen Jahren immer weiter abgebaut worden, so die Autoren. Dabei beschränke sich die Austeritätspolitik nicht auf die europäischen Krisenländer, sondern werde auch in anderen Staaten kopiert. Weltweit hätten 122 Regierungen ihre öffentlichen Ausgaben in diesem Jahr verringert. 82 davon seien Entwicklungsländer.



Info: www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_244748/lang--en/index.htm

Filmtipp: Keine Chance für den „Wüstantänzer“

„Dirty Dancing“ und „Flashdance“ – iranische Sittenwächter stehen nicht so auf Bewegung just for fun. Das weiß der ungeheuer tanzbegabte Student Afshin. Schon in der Schule

begeistert er die Klasse mit seinen Moonwalk-Einlagen. „Tanze in deinem Herzen“, rät ihm der Direktor des Saba Art Center, der Kunstschule, an die er überwiesen wird. Die ist eine geschlossene Veranstaltung. Auf dem Lehrplan: Malen, Basteln, „Schwanensee“.



Foto: © Senator Filmverleih

In der Wüste fühlt sich Afshin frei

Richard Raymonds aufwühlender Film „Wüstantänzer“ springt ins Jahr 2009 – in die Zeit der iranischen Präsidentschaftswahl. Die Opposition ist auf der Straße. Afshin gründet ein Ensemble. Für den ersten Auftritt sucht er sich eine Bühne, die viel Raum bietet: die Wüste. Bald aber erfolgt der Zugriff der brutal agierenden Basidsch-Miliz. Und so machen die Verhältnisse aus dem harmlosen Vergnügen performte Menschenrechte. Widerstand und das Recht auf individuelle Entfaltung – die Geschichte ist echt: Der heute 38-jährige Choreograf Afshin Ghaffarian floh im Jahr 2010 nach Frankreich. Heute lebt er in Paris und tritt weltweit auf, nur eben nicht in seinem Heimatland.



Info: Wüstantänzer – Afshins verbotener Traum von Freiheit. GB/IRN 2014. Regie: Richard Raymond, mit Reece Ritchie, Freida Pinto.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzi

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
Swift: NOLADE2H

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.